

ZWEI BESATZUNGSZONEN – DREI LÄNDER

Nach der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 teilten die Siegermächte (USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich) Deutschland in vier Besatzungszonen auf. Die ehemaligen Länder Baden und Württemberg wurden geteilt. Alle Landkreise nördlich der Autobahn Ulm-Karlsruhe gehörten zur Amerikanischen Zone, die Kreise südlich zur Französischen.



- AMERIKANISCHE ZONE**
- Landesbezirk Baden
 - Landesbezirk Württemberg
- FRANZÖSISCHE ZONE**
- Hohenzollern
 - Württemberg
 - Baden

Auf dem Gebiet der ehemaligen Länder Baden und Württemberg existierten, aufgeteilt in eine amerikanische und eine französische Besatzungszone, von 1945 bis 1952 drei Länder: Baden, Württemberg-Hohenzollern (franz.) und Württemberg-Baden (amerik.).

DREI LÄNDER IM DEUTSCHEN SÜDWESTSTAAT

Im September 1945 proklamierte der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Eisenhower, die Bildung des Landes Württemberg-Baden. Neben der Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln und Verbrauchsgütern bemühten sich die Amerikaner relativ rasch um eine Demokratisierung. Der von der Besatzungsmacht ernannte Ministerpräsident Reinhold Maier berief bereits im Januar 1946 nach ständischem Prinzip (Vertreter von politischen Parteien und anderen gesellschaftlichen Gruppen) eine vorläufige Volksvertretung ein. In den folgenden Monaten wurden Gemeinderats- und Kreistagswahlen durchgeführt. Die Verfassunggebende Landesversammlung wurde am 30. Juni 1946 vom Volk gewählt, der erste „richtige“ Landtag am 24. November 1946. Gleichzeitig mit dieser Wahl wurde in einer Volksabstimmung mit beeindruckenden 86 Prozent die Verfassung angenommen. Damit war das Land Württemberg-Baden – mit der Hauptstadt Stuttgart – offiziell konstituiert. Reinhold Maier blieb Ministerpräsident an der Spitze einer Allparteienregierung.

Die französische Militärregierung gab in ihrer Zone nur zögernd den Weg für eine allmähliche Demokratisierung des öffentlichen Lebens frei. In einem langen Prozess begründeten die Franzosen von Oktober 1945 an das Land Württemberg-Hohenzollern mit der Hauptstadt Tübingen und das Land (Süd-)Baden mit der Hauptstadt Freiburg. Mit Kreistagswahlen im Oktober 1946 und Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 17. November 1946 wurden auch in den beiden französisch beherrschten Ländern die Grundlagen eines demokratischen Staates gelegt. Nach den Landtagswahlen am 18. Mai 1947 konnten im Juni die beiden Landesparlamente zusammentreten. Leo Wohleb wurde Staatspräsident in Baden, Lorenz Bock Staatspräsident in Württemberg-Hohenzollern.



Die drei Journalisten und Herausgeber der Stuttgarter Nachrichten mit dem für die Lizenzierung in Stuttgart zuständigen amerikanischen Offizier am Tag des ersten Erscheinens 12. November 1946 (von links: Erwin Schoettle (SPD, während des Krieges im Exil in England, zuletzt MdB), Oberst Dawson, Henry Bernhard (FDP/DVP, z. Z. der Weimarer Republik Sekretär des Außenministers Gustav Stresemann) und Otto Färber (Zentrum, von den Nazis im KZ Dachau interniert).

Baden-Württemberg

Landeskunde
Landesgeschichte
Landespolitik

3 | 2002

1952 –
2002

VOR 50 JAHREN

DIE ENTSTEHUNG DES LANDES
BADEN-WÜRTTEMBERG



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg



50 JAHRE
BADEN-WÜRTTEMBERG

DREI LANDTAGE



Württemberg-Baden

Das Landtagsgebäude von Württemberg-Baden (Heusteigstraße 45 in Stuttgart) war bis 1961 auch Domizil des Landtages von Baden-Württemberg (Aufnahme 20.6.1953 mit der Flagge der Bundesrepublik).



DREI REGIERUNGEN

1946



Die Regierung von Württemberg-Baden

(Dezember 1946)
Von links, vorne:
Gottlob Kamm
(Minister für politische Säuberung, SPD),
Otto Steinmayer
(Verkehrsminister, SPD),
Dr. Heinrich Koehler
(Finanzminister, CDU),

Dr. Reinhold Maier
(Ministerpräsident, FDP/DVP),
Fritz Ulrich
(Innenminister, SPD),
Rudolf Kohl
(Arbeitsminister, KPD);

Von links, hinten:
Dr. Hermann Veit
(Wirtschaftsminister, SPD),
Wilhelm Simpfendorfer
(Kultminister, CDU),
Josef Beyerle
(Justizminister, CDU),
Heinrich Stooß
(Minister für Landwirtschaft und Ernährung, CDU).



Württemberg-Hohenzollern

Das ehemalige Kloster und Schloß Bebenhausen bei Tübingen bot dem Landtag von Württemberg-Hohenzollern nicht nur Raum für Sitzungen, sondern seinen Abgeordneten dazu noch – wenn auch recht spartanische – Unterkünfte (Aufnahme 1.5.1951).



1947

Die Regierung von Württemberg-Hohenzollern

(Juli 1947) Von links:
Eberhard Wildermuth
(Wirtschaftsminister, FDP),
Eugen Wirsching
(Arbeitsminister, CDU),

Prof. Dr. Carlo Schmid
(Justizminister, SPD),
Lorenz Bock
(Staatspräsident, CDU),
Dr. Albert Sauer
(Kultminister, CDU),

Viktor Renner
(Innenminister, SPD),
Dr. Franz Weiss
(Minister für Ernährung und Landwirtschaft, CDU).



Baden

Der Landtag von (Süd-)Baden tagte im historischen Kaufhaus am Freiburger Münsterplatz (Aufnahme 1.1.1960).



1949



Die Regierung von Baden

(Anfang 1949) Von links:
Dr. Alfred Schühly
(Innenminister),

Dr. Alfons Kirchgässner
(Landwirtschaftsminister),
Leo Wohleb
(Staatspräsident),
Dr. Hermann Fecht
(Justizminister),

Dr. Wilhelm Eckert
(Finanzminister),
Dr. Eduard Lais
(Wirtschaftsminister),
alle CDU.

Zum Jubiläum erschienen:

Die offizielle Festschrift des Landes:
Baden-Württemberg – Vielfalt und Stärke der Regionen
Großformat, 400 Seiten, 500 Abbildungen
März 2002, Preis 15,- € zzgl. Versandkosten

Baden-Württemberg – Eine kleine politische Landeskunde
Broschüre, Neuausgabe 2002, 110 Seiten, kostenlos

Landesverfassung und Grundgesetz
im Liliput-Format, 2001, kostenlos

Baden-Württemberg enträtseln, denken, suchen, knobeln
Rätselheft, 2001, 80 Seiten, DIN A5, kostenlos

Baden-Württemberg-Memory 2002
gemeinsam mit dem Ravensburger Spielverlag herausgegeben,
Sehenswürdigkeiten des Landes auf 52 Kartenpaaren,
für kleine und große Gruppen, Preis 10,- € zzgl. Versandkosten

Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg
historischer Überblick, steht als Faltblatt (wie vorliegend)
und als Plakat (DIN A1) zur Verfügung, kostenlos

www.landesjubilaeum2002.de

Die Landeszentrale für politische Bildung

- ist eine Einrichtung des Landes Baden-Württemberg, zur Überparteilichkeit verpflichtet,
- will für die Demokratie begeistern,
- hilft zur eigenen Meinung,
- veranstaltet Seminare, Tagungen, Vorträge, Studienreisen, Symposien, Ausstellungen, Politische Tage,
- veröffentlicht Bücher, Broschüren und Zeitschriften und bietet didaktisch-methodische Arbeitshilfen und Spiele an,
- unterhält ihre Tagungsstätte „Haus auf der Alb“ in Bad Urach mit Bibliothek/Mediothek
- und LpB-Shops/Publicationsausgaben am Hauptsitz Stuttgart und in den Außenstellen Freiburg, Heidelberg und Tübingen,
- ist erreichbar unter www.lpb.bwue.de

Informationen zur Arbeit und zum Angebot der Landeszentrale für politische Bildung über:
LpB-Marketing, Stoffienbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Fax (0711) 16 40 99 77, Email: marketing@lpb.bwl.de

Impressum

Das Fachreferat Landeskunde der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg greift aktuelle und historische Ereignisse im Land auf.

Dr. Angelika Hauser-Hauswirth
Haus auf der Alb, Hanner Steige 1
72574 Bad Urach
Telefon (07125) 152-134, Fax -100
Angelika.Hauswirth@lpb.bwl.de

Gestaltung:
Bertron Schwarz, Frey
Gruppe für Gestaltung

Druck:
Druckerei Find GmbH, Stuttgart

Fotos:
Landesmedienzentrum
Baden-Württemberg

Bereits erschienen in dieser Reihe:
1/2000: Vor 150 Jahren – Der Bau der Geislinger Steige
2/2000: Vor 50 Jahren – Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Die Entstehung Baden-Württembergs 1945-1970

aus den Ländern

Baden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden

1. Juli 1948 FRANKFURTER DOKUMENTE

Auftrag der West-Alliierten (USA, GB, F) an die Ministerpräsidenten der Länder, präzise Vorstellungen zu entwickeln zur Einberufung eines Parlamentarischen Rates für Deutschland und zu einer Neugliederung mit nach Fläche und Einwohnerzahl möglichst ausgewogenen Ländern.

2. August 1948 REGIERUNGSTREFFEN

Das Treffen der Regierungen und führender Landtagsabgeordneter von Baden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden (unter Leo Wohleb, Lorenz Bock und Reinhold Maier) auf der Burgruine Hohenneuffen endet mit dem Beschluß, einen Staatsvertrag über die Vereinigung der drei Länder auszuarbeiten.



Auf dem Hohenneuffen werden die Chancen einer Vereinigung erörtert.

31. August 1948 MINISTERPRÄSIDENTENKONFERENZ

Die Ministerpräsidenten aller westdeutschen Länder befürworten den Zusammenschluss zum Südweststaat, machen ihn jedoch von einer Volksabstimmung abhängig.

16. und 28. September 1948 KONFERENZEN

Konferenzen in Bühl (Baden) und Bebenhausen zu Fragen der Volksabstimmung.

23. Mai 1949 GRUNDGESETZ

Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, das eine Sonderregelung für die staatliche Neuordnung im deutschen Südwesten (Art.118 GG) fordert.



In der Notzeit nach dem Krieg erweist sich das dem Abgeordneten Wilhelm Boessler (Württemberg-Hohenzollern) gehörende Hotel Waldeck in Freudenstadt als idealer Verhandlungsort für die Politiker!

15. April 1950 FREUDENSTADTER VEREINBARUNG

Nach mehreren Treffen im Winter 1949/50: Freudenstadter Vereinbarung über eine Volksbefragung in Form einer Probe-Abstimmung „rein informativen Charakters“. Das Vorhaben löst ein leidenschaftliches Ringen um das Votum der Bürgerinnen und Bürger aus.

24. September 1950 PROBE-ABSTIMMUNG

Die Probe-Abstimmung über die staatliche Neugliederung im deutschen Südwesten ergibt in den württembergischen Gebieten Zustimmung zu einem gemeinsamen neuen Land, in den badischen Gebieten eine ablehnende Mehrheit.

Frühjahr 1951 NEUGLIEDERUNGSGESETZE

Der Bundestag in Bonn verabschiedet Neugliederungsgesetze mit genauen Vorgaben, wie bei der Bildung des Südweststaates der Abstimmungsmodus auszusehen hat.

25. April 1951 VERFASSUNGSKLAGE

Die badische Regierung unter Leo Wohleb erhebt beim Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe Verfassungsklage gegen die Neugliederungsgesetze.



Staatspräsident Leo Wohleb kämpft leidenschaftlich um ein selbständiges Bundesland Baden.

Oktober 1951 BVG-URTEIL

Im ersten Urteil seiner Geschichte bestätigt das kurz zuvor konstituierte Bundesverfassungsgericht im Wesentlichen das (Zweite) Neugliederungsgesetz.



Mit Plakaten versuchen die verschiedenen Gruppen und Parteien, das Volk für ihre Überzeugung zu gewinnen.

9. Dezember 1951 VOLKSABSTIMMUNG

Die Volksabstimmung über die Bildung eines „Südweststaates“ ergibt 69,7 Prozent Zustimmung für ein gemeinsames Bundesland. (Süd-) Baden bleibt sich in seiner Ablehnung treu.

25. April 1952 SÜDWESTSTAATGRÜNDUNG

Gründung des Südweststaats in der konstituierenden Sitzung der am 9. März 1952 vom Volk gewählten Verfassungsgebenden Landesversammlung in Stuttgart.



Dr. Reinhold Maier (FDP) schmiedet eine Koalition gegen die CDU als stärkste Fraktion und wird erster Ministerpräsident des Landes.



Dr. Gebhard Müller (CDU), seit 1948 als Nachfolger des plötzlich verstorbenen Lorenz Bock Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, löst Maier bereits nach einem Jahr ab und bleibt als Chef zweier Allparteienregierungen Ministerpräsident bis 1958.

19. November 1953 LANDESVERFASSUNG

Die Verfassung des Landes Baden-Württemberg tritt in Kraft.

7. Juni 1970 ERNEUTE ABSTIMMUNG

In den Regierungsbezirken Nordbaden und Südbaden kommt es nach erfolgreicher Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Abstimmungsmodus vom Dezember 1951 zu einer erneuten Abstimmung: Eine überwältigende Mehrheit von 81,9 Prozent bestätigt den Zusammenschluss.

Bis heute ist Baden-Württemberg das einzige Land der Bundesrepublik, das durch Volksabstimmung entstanden ist, und das einzige Beispiel einer geglückten Länderneugliederung.

Das große Landeswappen

Das Große Landeswappen zeigt im goldenen Schild drei schwarze Löwen mit roten Zungen: Das Wappen der Hohenstauffer, die im Mittelalter Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und Herzöge von Schwaben waren. Das Herzogtum Schwaben umfasste weite Teile des heutigen baden-württembergischen Gebiets. Das Schild wird zur Linken von einem goldenen Hirschkäfer, dem württembergischen Schildhalter, und zur Rechten von einem Greif, dem badischen Schildhalter und Wappentier, gehalten. Hufe und Krallen sind rot.



Auf dem Schild eine Krone mit Plaketten der historischen Wappen (von links): Franken (die weiß-roten Speerspitzen des Herzogtums Ostfranken, „fränkischer Rechen“ genannt), Hohenzollern (weiß-schwarz gevierter Schild), Baden (roter Schrägbalken im goldenen Feld), Württemberg (drei Hirschkäfer), Kurpfalz (staufischer Löwe in Schwarz) und Vorderösterreich (rot-weiß-roter Bindenschild).